

WirtschaftsInfo 2008

>> Mittelstand gewinnt!

Eine Information des Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender Österreich

KW 27

Inhaltsverzeichnis

BO Amann: RFW-Initiativen wurden vom Wirtschaftsparlament umgesetzt!.....	Seite 2
WIPA der WKÖ - Anträge und Behandlung	Seite 2
WKÖ-VP Krenn: Automatische Valorisierung der kalten Progression vor der Herbstlohnrunde! ...	Seite 3
BO Amann: Ausstieg der Wirtschaft aus der Selbstverwaltung wird abgelehnt!.....	Seite 4
RFW-NÖ: Nulldefizit 2010 - Erstrebenswert, aber nicht auf dem Rücken der Unternehmer!	Seite 5
RFW-Oberösterreich macht Druck gegen neue Steuern und Erhöhungen!.....	Seite 5
RFW-OÖ: So wird die Steuerreform 2010 ohne neue Schulden nicht funktionieren!	Seite 6
RFW-Wien: Absenkung bzw. Vergütung der Mineralölsteuer für Taxiunternehmer gefordert!..	Seite 6
Redebeitrag Wirtschaftsparlament - Fraktionsobmann BO KommR Ing. Fritz Amann	Seite 7



**Wir wünschen einen schönen
Sommer und ruhige Ferientage!**

Bitte beachten Sie unsere Sommeröffnungszeiten
von 14. Juli bis 8. August 2008:
MO - DO: 8.00 bis 14.00 Uhr



BO Amann: RFW-Initiativen wurden vom Wirtschaftsparlament umgesetzt!**Utl.: WIPA bekennt sich dank RFW zur Stärkung der Kaufkraft und zur Entlastung des Mittelstandes**

Der RFW bleibt weiter die treibende Kraft sowie der Initiativmotor, wenn es darum geht, die Interessen des Mittelstandes im Wirtschaftsparlament umzusetzen, so der RFW-Bundesobmann KO Ing. Fritz Amann, in einer Aussendung.

Amann dazu: „Egal ob Abschaffung der Kreditvertragsgebühr, der Bestandsvertragsgebühr, der Werbeabgabe oder der Gesellschaftsteuer, alle diese alten Forderungen des RFW wurden in einen gemeinsamen Antrag zur steuerlichen Entlastung des Mittelstandes eingearbeitet. Weiters konnten der Wirtschaftsbund und der rote Wirtschaftsverband von der Sinnhaftigkeit der Förderung von schadstoffarmen LKWs, der LKW-Maut nach dem umweltrelevanten Verursacherprinzip sowie die Rücknahme der Erhöhung der Mineralerölsteuer überzeugt werden.“

Auch eine Änderung bei der Barbewegungsverordnung, die Ausweitung des Vorsteuerabzuges auf alle betrieblich genutzten Fahrzeuge und der Kampf gegen die kalte Progression sind auf die Initiative des RFW zurückzuführen. Damit konnte man dem Ziel, nämlich der Entlastung des Mittelstandes, sowie der Stärkung der Kaufkraft, einen wichtigen Schritt näher kommen. “

Ein weiterer Erfolg für den RFW ist das gemeinsame

Bekenntnis zur Krankenstandskontrolle, um diesen Missbrauch durch Arbeitnehmer und Ärzte, der der Wirtschaft und dem System jährlich Milliarden an Geldern kostet, einzudämmen.

Die größte Sensation war aber für den Bundesobmann, dass der schwarze Wirtschaftsverband sowie der rote Wirtschaftsverband ihre Zustimmung zum Antrag des RFW gegen die Einführung der Vermögenszuwachssteuer gegeben haben und damit als Vorfeldorganisationen die Parteilinie ihrer Mutterpartien verlassen haben. Das gibt Mut und zeigt, dass die Wirtschaft sich in der Sachpolitik, wenn es darum geht, vitale Interessen der Unternehmerschaft zu vertreten, nicht auseinander dividieren lässt.

Auffällig dabei ist aber, dass immer vom RFW die Initialzündung für die wichtigen Themen der Wirtschaft ausgeht, so der RFW-Bundesobmann KO Ing. Fritz Amann, der sich abschließend über die gelungene Überzeugungsarbeit freut.

OTS-Meldung, 26.6.2008



Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich, am 26.6.2008

Anträge und Behandlung

- Forderungen der Wirtschaft zur Steuerreform 2010**
Hierbei handelt es sich um einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen außer der Grünen Wirtschaft. Basis hier waren vor allem die ursprünglichen RFW-Anträge Mineralölsteuer-Erhöpfung-Rücknahme, Barbewegungsverordnung und Rechnungslegung im Einzelhandel. Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.
- Vermögenszuwachssteuer**
Der RFW-Antrag fand unverändert die Zustimmung aller Fraktionen außer der Grünen Wirtschaft, welche einen eigenen Antrag zu diesem Thema stellte.
- Krankenstandskontrolle**
Dieser RFW-Antrag wurde von uns noch kurzfristig überarbeitet und fand Zustimmung.
- Masterplan Energie-Klima**
Dabei handelte es sich um einen gemeinsamen Gegenantrag zum ursprünglichen Antrag und wurde mehrheitlich angenommen.
- Arbeitslosenversicherung für Selbständige**
Zu diesem Antrag (Grüne Wirtschaft) wurde ein gemeinsamer Abänderungsantrag gestellt und einstimmig angenommen.

WKÖ-VP Krenn: Automatische Valorisierung der kalten Progression vor der Herbstlohnrunde!

Utl.: Nur dem Finanzminister verbleibt mehr Geld in der Tasche! Forderung nach Stärkung der Kaufkraft schon beim Wirtschaftsparlament ein wichtiges Thema!

Schon zu Ferienbeginn gibt es überhitzte Köpfe durch die Diskussion rund um die Lohnrunden im Herbst. Die Gewerkschaft will aufgrund der hohen Inflation bei den Löhnen kräftige Erhöhungen - und das bis zu vier Prozent! Für WKÖ-Vizepräsident und stellvertretenden Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW) ist das ein wirtschaftlicher Teufelskreis: „Die Gewerkschafter verlangen mehr Geld für die Arbeitnehmer. Die Unternehmer müssen tiefer in die Tasche greifen.“

Aber ohne eine automatische Valorisierung der kalten Progression kommt bei den Arbeitnehmern nie und nimmer unterm Strich das heraus, was der Arbeitgeber oben mehr einbezahlen muss. Einzig und alleine dem Finanzminister bleibt mehr Geld in der Tasche. Die Kaufkraft der Leute schwindet weiter, die Wirtschaftstreibenden können weniger investieren und auch weniger Menschen beschäftigen. Ein nicht aufgehender Teufelskreis solange das Damokles Schwert der kalten Progression über uns hängt!“

Deshalb wird der RFW, sollte sich diese Situation bis zum Herbst nicht ändern, eine Unterschriftenaktion starten: „Es kann nicht sein, dass die Wirtschaft mit den kommenden Kollektivvertragsabschlüssen die Kaufkraft sichern soll und gleichzeitig dem Finanzminister sein Säckel auffüllt“, so Krenn in einer Stellungnahme.

Für Vizepräsident Krenn ist die momentane Situation und die wirtschaftsschädigende Vorgehensweise der Regierung untragbar: „Wir zahlen so viele Steuern wie noch nie, trotzdem gibt es nach wie vor kaum Entlastungen oder gar ein ernsthaftes Signal in Richtung Abschaffung der kalten Progression. Finanzminister Molterer fühlt sich wie die Made im Speck. Für uns vom RFW ist das ein unverständliches Agieren der großen Koalition.“ Der Appell lautet daher: Was oben an Kollektivvertrags-Zuwächsen rein kommt, muss unten endlich 1:1 auch rauskommen. Schlussendlich ist die Forderung des RFW, eine Flat-Tax ähnliche Besteuerung, wie sie bei unseren östlichen Nachbarn fast flächendeckend umgesetzt ist, auch in Österreich einzuführen.

Schon bei der traditionellen Pressekonferenz im Vorfeld des Wirtschaftsparlamentes der Wirtschaftskammer zeigte sich Krenn, was die Forderungen an die

Regierung angeht, wenig optimistisch: "Wir können heute und hier für die Wirtschaft fordern was wir wollen. Leider fehlt mir dazu der richtige Adressat, denn, ich bin mir sicher, diese Regierung setzt sich selbst ein baldiges Ablaufdatum!" Nichts desto trotz müssen die heimischen Wirtschaftstreibenden weiter gute Arbeit leisten, unabhängig von der Unfähigkeit von rot-schwarz.



Die Leistungen gehören tatkräftig von der Interessensvertretung unterstützt und Entlastungen vehement eingefordert: "Auch wenn sich Gusenbauer und Molterer seit ihrer Angelobung nur mit sich selbst beschäftigen, heißt das nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen können, im Gegenteil. Wir müssen einfordern, was den heimischen Unternehmern schon lange zusteht!"

Zustehen würde Arbeitgebern wie auch Arbeitnehmern die Abschaffung der kalten Progression. Das würde nicht nur den Wirtschaftstreibenden sondern vor allem auch den Arbeitnehmern mehr Geld in den Taschen lassen: "Im letzten Jahr hatten wir Lohnabschlüsse mit über 3%. Der Arbeitgeber musste noch tiefer in die Taschen greifen, unterm Strich ist den Arbeitnehmern aber nur 0,5% geblieben. Dass die Kaufkraft so nicht gestärkt werden kann, ist jedem Kindergartenkind klar. Nur leider füllt sich der Finanzminister weiterhin über diese kalte Progression seinen Säckel an, zusätzlich zahlen wir so viele Steuern wie noch nie, und trotzdem gibt es nach wie vor kaum Entlastungen oder gar ein ernsthaftes Signal in Richtung Abschaffung der kalten Progression.

Für uns vom RFW eine unverständliche und mehr als wirtschaftsschädigende Vorgehensweise der Regierung." Der Appell lautet: Was oben an Kollektivvertrags-Zuwächsen rein kommt, muss unten für die Mitarbeiter auch rauskommen und schlussendlich ist die Forderung des RFW, eine Flat-Tax ähnliche Besteuerung, wie sie bei unseren östlichen Nachbarn fast flächendeckend umgesetzt ist, auch in Österreich einzuführen.

Fortsetzung von Seite 3:

Mit dem gemeinsamen Antrag zur Steuerreform geht der RFW größtenteils konform: "Trotzdem vermissen wir in einigen Bereichen zukunftsorientierte, moderne Modelle, auf die wir uns mit den anderen Fraktionen hier im Haus nicht einigen konnten!" Gemeint ist unter anderem eine Neuordnung der Betriebsprüfung nach dem Vorbild Liechtenstein. Krenn dazu: "Hier erfolgt die Revision durch beeidigte Unternehmer und nicht, wie in Österreich üblich, durch Beamte. Dies würde Verwaltungskosten einsparen und der Praxisbezug wäre enorm!"

Auch bei den Reisekostenabrechnungen wünscht sich der RFW eine Vereinfachung: "Es geht nicht um eine Erhöhung oder Senkung, sondern darum, ein System zu finden, das für jeden verständlich und überschaubar ist." Am meisten vermisst WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn jedoch die Forderung nach einer Senkung der Lohnnebenkosten. Darüber wird nun schon seit 2002 diskutiert, und es scheint sich in diesem Punkt nichts zu bewegen: "Die Anpassung der Sozialversicherungssätze als erster Schritt ist ok, wann jedoch folgt endlich der zweite Schritt? Dieses - auf die lange Bank schieben - ist nahezu unerträglich. Ziele sind zu setzen und mit Datum zu versehen, und nicht Jahre oder gar Jahrzehnte lang vor sich herzuschieben!"

Auch bei der Gesundheitsreform sieht Krenn einige Knackpunkte die dringend zu klären sind: "Wir vom RFW

unterstützen vollinhaltlich die Kritik des Rechnungshofes in diesem Bereich. Es reicht nicht aus die Kassen zu sanieren. Der größte Brocken liegt in der Spitalsfinanzierung, mit bis zu 4 Milliarden Euro in der Verwaltung. Die Frage, die sich mir stellt, ist: Weshalb streitet sich die Regierung lieber mit dem Ärztekammerpräsidenten als mit den Landeshauptleuten konstruktive Lösungen zu finden."

Was die Fachorganisationsordnung angeht, so hat sich der RFW seit jeher für eine schlankere Kammer eingesetzt: "Dieser erste Schritt war ein wichtiger, und es steckt, wenn auch nicht von außen ersichtlich, sehr viel Arbeit dahinter. Die Fahnenstange ist jedoch noch lange nicht erreicht. Der Bereich Mehrfachmitgliedschaften und Mehrfachgrundumlagepflicht steht nach wie vor auf der Erledigungsliste. Die Wirtschaft ist ständig in Bewegung und ändert sich, und eine Interessensvertretung muss flexibel genug sein, um auf diese Änderungen reagieren zu können, und sich an die neuen Gegebenheiten umgehend anzupassen", so Krenn weiter in seinen Ausführungen.

"Die nächsten Schritte, sei es nun im Bereich der Steuer, des Gesundheitswesens, oder einer Abschlankung der Organisationsstrukturen innerhalb der Kammer sind raschest umzusetzen", so Vizepräsident Matthias Krenn abschließend.

OTS-Meldungen, 25. u. 27.6.2008

BO Amann: Ausstieg der Wirtschaft aus der Selbstverwaltung wird abgelehnt!

Utl.: Allein 2007 leistete die Wirtschaft 16 Milliarden Euro an Beiträgen in die Sozialversicherung!

Als eine ungeheuerliche Entgleisung bezeichnet der RFW-Bundesobmann KO Ing. Fritz Amann die Forderung des Ärztekammerpräsidenten Dorner, dass sich die Wirtschaft aus der Selbstverwaltung der Sozialversicherung verabschieden soll und das nur deshalb, weil er im Clinch mit dem Wirtschaftsverbändler und Chefverhandler Kopf aus Vorarlberg liegt. Unverzeihlich ist dabei die Aussage, dass die Wirtschaft endlich ihre Schulden bei der Krankenkasse begleichen soll, denn dann sei das Sozialversicherungssystem sofort saniert.

Amann dazu: „Erstens ist die Wirtschaft nicht der Wirtschaftsverbändler, sondern alle beitragszahlenden Unternehmen in diesem Land und zweitens hat die Wirtschaft allein 2007 an die 16 Milliarden Euro an Beiträgen an die Sozialversicherung abgeliefert. Weiters hat eine Erhebung ergeben, dass von 2003 bis 2005 99 Prozent der vorgeschriebenen Sozialversicherungsbeiträge von den Unternehmen beglichen wurden! Das führt somit die Aussagen vom Ärztekammerpräsident völlig ad absurdum! "

Entgegen der Forderungen von ÖGB und Ärztekammer braucht die Wirtschaft mehr Einfluss in der Sozialversicherung, denn nur die Unternehmer wissen, wie man einen Betrieb betriebswirtschaftlich erfolgreich führt. Angesichts der Tatsache, dass den fast 16 Milliarden Euro an Unternehmerbeiträgen nur 11,2 Milliarden Euro an Arbeitnehmerbeiträgen gegenüberstehen, zeigt es sich eindeutig, wer für die Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems die Hauptlast trägt. Wenn wir also die Kassen sanieren wollen, dann geht es nur über die Wirtschaft und darum muss der Einfluss der Unternehmer im Hauptverband steigen.

Auch wenn er den Frust der Ärztekammer gegenüber Hauptverhandler Kopf in Teilbereichen wie Kassenverträge oder Arzneimittelvergabe verstehe, die Verunglimpfung der Wirtschaft als Beitragsschuldner weist er als Vertreter des Mittelstandes entschieden zurück, so der RFW-Bundesobmann KO Ing. Fritz Amann abschließend.

OTS-Meldung, 10.6.2008

RFW-NÖ: Nulldefizit 2010 - Erstrebenswert, aber nicht auf dem Rücken der Unternehmer!

Utl.: LO KommR Walter Fischer: Molterer darf nicht krampfhaft am Nulldefizit festhalten!

„Trotz schlechterem Wirtschaftswachstum und der Vorhersage des Wirtschaftsforschungsinstitutes (WIFO), das auch in den kommenden Monaten ein deutlich langsames Wachstum erwartet, beharrt Finanzminister Molterer auf den Plan, im Jahr 2010 trotz Steuerreform ein Nulldefizit zu erreichen: „Dass eine Steuerreform dringend notwendig ist - und das nicht erst 2010 - ist uns Wirtschaftstreibenden mehr als klar. Aber dann auch noch auf ein Nulldefizit hinzuarbeiten, wie dies der Finanzminister vehement tun möchte, das könnte für die Regierung und auch für die Wirtschaft ins Auge gehen, wenn nicht bald von Seiten der Regierung etwas getan wird“, kommentiert RFW- Landesobmann KommR Walter Fischer die neuesten Zahlen des WIFO.“

Für die Regierung, die sowieso schon wegen ihrer andauernden Belastungspolitik unter Beschuss der Öffentlichkeit steht, wäre es sinnvoll, auf die Sorgen der Bürger - und hier vor allem der heimischen Unternehmer - einzugehen und endlich eine angemessene Steuerreform umzusetzen:

„Die Unternehmensumfragen des WIFO zeigen eine deutliche Eintrübung der Stimmung. Die Erwartungshaltung zur Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten hat sich massiv verschlechtert. Eine Steuerreform ist unumgänglich. Die Erreichung des Nulldefizits ist erstrebenswert, aber nur, wenn die Unternehmer nicht wieder durch die Hintertür belastet werden, Herr Molterer!“, wendet sich Fischer in seiner Ausführung direkt an den Vizekanzler.



„Wir vom RFW Niederösterreich fordern eine Steuerreform, die so rasch als möglich umgesetzt wird und die Unternehmer effizient und nachhaltig entlastet - alles andere macht keinen Sinn mehr!“, so KommR Fischer abschließend. OTS-Meldung, 16. 6.2008

RFW-Oberösterreich macht Druck gegen neue Steuern und Erhöhungen!

Utl.: LO Ing. Wolfgang Klinger: Beim Erfinden neuer Steuern werden offenbar mehr Anstrengungen unternommen als beim ausgabenseitigen Sparen!

Die Einnahmen des Bundes haben Rekordniveau erreicht. 14,694 Milliarden Euro lieferten die Österreicher in den ersten drei Monaten des Jahres beim Finanzamt ab. Das sind um 5,9 Prozent mehr als im ersten Quartal des Vorjahres. Einnahmen aus Lohn- und Einkommenssteuer steigen um 8,4 Prozent bzw. um 8,9 Prozent, die Körperschaftssteuer hat sogar 16 Prozent mehr eingebracht, die Mineralölsteuer 13,3 Prozent.

Kein Sparkurs - „Österreich ist 2007 trotz Rekordsteuereinnahmen kein positiver Budgetabschluss gelungen. Vergleichbare Länder wie Finnland (+5,3%), Dänemark (+4,4%), Schweden (+3,5%) und Irland (+0,3%) konnten einen Überschuss erzielen. Sogar unser Nachbarstaat Deutschland meldete ein ausgeglichenes Budget,“ so der Landesobmann des RFW-Oberösterreich, Ing. Wolfgang Klinger.

Ausgabenseitig seien bis dato keine großen Einsparungen festzustellen. Der 1. Quartalsbericht für Jänner bis März 2008 weist gar überplanmäßige Ausgaben von 1,676 Mrd. Euro aus. Der Staat belastet die Bürger immer mehr. „Diese Entwicklung ist äußerst bedenklich, vor allem dann, wenn beim Erfinden neuer

Steuern mehr Anstrengungen unternommen werden als beim ausgabenseitigen Sparen,“ so Klinger.

Steuern steigen und die Regierung will noch mehr !

Die kalte Progression führt zu höheren Steuerklassen und die Umsatzsteuer partizipiert an den steigenden Preisen, insbesondere für Energie. Trotz all dieser Belastungen wird nach Erhöhung der Mineralölsteuer und Erhöhung des KV-Beitrages regierungsseitig schon wieder um die Einführung neuer Steuern gefeilscht.

Im Wirtschaftsparlament OÖ beantragt der RFW eine klare Ablehnung der Einführung neuer und Erhöhung bisheriger Steuern. Ziel ist es eine Steuerentlastung und eine Senkung der Abgabenquote unter 40% anzustreben. Das OÖ Wirtschaftsparlament stimmte diesem Antrag zu.



OTS-Meldung, 18.6.2008

RFW-OÖ: So wird die Steuerreform 2010 ohne neue Schulden nicht funktionieren

Utl.: NAbg. KommR Alois Gradauer: Der fromme Wunsch alleine wird nicht reichen!

"Auf die Aussage von Finanzminister Molterer, im Jahr 2010 trotz Steuerreform ein Nulldefizit zu erreichen, reagiert der NAbg. KommRat Alois Gradauer, stellvertretender LO des RFW-OÖ und Mitglied des Bundesvorstandes, mit Skepsis: "Es ist schön, wenn Finanzminister Molterer sagt, er will an diesem Ziel festhalten. Der fromme Wunsch alleine wird da aber nicht ausreichen. Er muss auch endlich etwas tun, um das zu ermöglichen."

"Das Entlastungsvolumen von 2,7 Milliarden Euro wird überdies nicht ausreichen, um endlich - wie versprochen - den Mittelstand und die Klein- und Mittelbetriebe zu entlasten. Das bestätigen mittlerweile auch namhafte Wirtschaftsexperten", betont Gradauer. "Molterer hält am Ziel fest, hofft und glaubt an Wunder. So wird das nicht funktionieren", so der stellvertretende RFW-Landesobmann aus Oberösterreich weiter. Es sei höchst an der Zeit, den Budgetvollzug effizienter zu gestalten und endlich bei den überbordenden Ausgaben einzugreifen. "Man müsste den Staat genau so führen wie eine große Firma. Dazu gehört auch eine durchgängige Kostenrechnung und -kontrolle."

"Auch 2007 ist es dem Finanzminister gelungen, den

Großteil der nicht budgetierten Mehreinnahmen von 3,8 Mrd. Euro durch nicht budgetierte Mehrausgaben von 2,8 Mrd. Euro gleich wieder auszugeben", erinnert Gradauer.

"Trotz beträchtlicher Mehreinnahmen durch die gute Konjunktur und die hohen Einnahmen aus der Mineralölsteuer ist es auch im 1. Quartal 2008 nicht gelungen, die Ausgaben einzuschränken. Der 1. Quartalsbericht für Jänner bis März 2008 weist überplanmäßige Ausgaben von 1,676 Mrd. Euro aus", bemerkt Gradauer. An der Verschwendungspolitik dieser Bundesregierung ändere sich leider nichts.

"Für den Staatshaushalt und die Finanzierung der dringend notwendigen Steuerreform ist es höchste Zeit, dass der Finanzminister seine Minister und Beamte bei den Ausgaben einbremst, damit sie nur so viel ausgeben, wie im Budget veranschlagt wurde, und nicht mehr", so Gradauer abschließend.



OTS-Meldung, 10.6.2008

RFW-Wien: VP Ramharter übergibt Unterschriften an Präsident Leitl

Utl.: Absenkung bzw. Vergütung der Mineralölsteuer für Taxiunternehmer gefordert!

Vizepräsident der WK-Wien und Obmann des Verbandes der Österreichischen Autotaxiunternehmer, KommR Karl Ramharter, stellt in der heutigen Sitzung des Wirtschaftsparlamentes der Wirtschaftskammer Österreich einen Antrag zur Senkung der Mineralölsteuer. Gleichzeitig übergab er an Präsident Leitl die gesammelten Unterschriften der Taxiunternehmer gegen den Spritpreiswucher.

"Die Taxilenker haben Unterschriften gesammelt, um sich gegen den permanenten Preisanstieg bei den Treibstoffpreisen zu wehren", so Obmann Ramharter. Und weiter, "Wir haben als Unternehmer leider nicht viele Möglichkeiten, in der Öffentlichkeit gehört zu werden. Und wenn man für die Anliegen der Taxiunternehmer, meist Kleinunternehmer, eintritt, muss man sich dafür auch noch von der Gewerkschaft verunglimpfen lassen".

Die Senkung der Mineralölsteuer für Unternehmer wäre tatsächlich eine Möglichkeit, die Betriebe zu entlasten und damit weitere Preisanstiege zu vermeiden. "Auch eine nur temporäre Aussetzung der letzten MSt-Erhöhung wäre schon eine Hilfe für die Unternehmer", führt Ramharter weiter aus. "Schließlich liegt die Steuerbelastung bei Treibstoffen ohnehin schon über 50%. Und nur auf die Ölmultis und die Spekulanten zu schimpfen, bringt der Wirtschaft leider gar nichts", schloss Ramharter.



OTS-Meldung, 26.6.2008

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - www.rfw.at!
Interesse an Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW?
Rückfragen an reinsperger@rfw.at bzw. 01/4082520-16

**Redebeitrag zum Wirtschaftsparlament, am 26. Juni 2008
Fraktionsobmann BO KommR Ing. Fritz Amann**

In der zweiten Jahreshälfte 2007 und im ersten Quartal 2008 war international ein massiver Inflationsschub erkennbar und eine sich nun gefährlich entwickelnde Teuerungswelle ist dabei, viele Menschen mit Höchstgeschwindigkeit in die Armutsfalle zu treiben. Dabei sind die Nahrungsmittelpreise in Österreich noch stärker gestiegen als in unseren Nachbarländern. So explodierten die Preise für Lebensmittel mit 7,7 % doppelt so schnell wie die Inflation mit zuletzt 3,5 %. Beim Grundnahrungsmittel Brot lag die Teuerung in Österreich sogar bei überdurchschnittlichen 15 %. Dabei lässt sich nur ein Teil durch höhere Energiekosten erklären.

Laut Wirtschaftsexperten ist die Mehrwertsteuer ein Teil, welcher das unterschiedliche Preisniveau erklärt. Während etwa Deutschland großteils nur 7 % an Mehrwertsteuer bei Lebensmitteln einhebt, fließen in Österreich 10 % in die Kassen des Finanzministers. Immer mehr Menschen finden aufgrund der aktuellen Preisentwicklung mit ihrem Einkommen kein Auskommen mehr. Hier gilt es politische Handlungsstrategien zu entwickeln, um die Teuerungsrate wieder auf ein verträgliches Maß zu reduzieren.

Die steigende Inflation mit einer Spekulationssteuer zu bekämpfen, die zusätzlich noch die Bankdienstleistungen verteuert, mit dieser Idee wird der Inflationpopulismus echt gefährlich und ist derzeit bedenklich typisch für die politisch verantwortliche Volkspartei, die uns aber den kleinen Hinweis immer noch schuldig ist, wie die Förderung der Eigenvorsorge - übrigens auch nichts anderes als Spekulationsgeschäfte - mit einer Vermögenszuwachssteuer zusammenpasst.

Die gesetzlichen Spielräume, die etwa durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, Energie, Treib- und Brennstoffe oder die Zurücknahme der Mineralölsteuer-Erhöhung vorhanden sind, müssen genutzt werden, zumal die steigende Nachfrage und Spekulation laut Experten für einen weiteren Anstieg der Energie-,

Treibstoff- und Brennstoffpreise sorgen werden. Die jetzt innerhalb der Bundesregierung vereinbarte Erhöhung der Pendlerpauschale um 35 Mio. und des Kilometergeldes um 25 Mio. Euro ist in Anbetracht der massiv gestiegenen Treibstoffpreise nichts weiter als der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein“. Diese Almosen des Finanzministers kommen nur einem geringen Teil der Bevölkerung zugute und belasten zudem die Wirtschaft, die durch die Anhebung des Kilometergelds mit außerordentlichen Zusatzbelastungen zu kämpfen hat. Der erwünschte Effekt der Erhöhung der Kaufkraft für die Konsumenten und damit mehr Geld für den täglichen Konsum, wird sich kaum einstellen.

Aufgrund der zukünftig noch mehr steigenden Preise bei den Treibstoffen, wird das Pendeln wohl zum unbezahlbaren Luxus und die dringend benötigte Mobilität des Humankapitals schwer eingeschränkt. Wenn die Treibstoffpreise weiter steigen, dann wird es zu einer Trendumkehr kommen, denn immer mehr Humankapitalinvestoren werden aufgrund der explodierenden Kosten aus wirtschaftlichen Gründen gezwungenermaßen eine Arbeitsstelle in der Nähe ihres Wohnortes annehmen. Dies wird angesichts des immer weiter austrocknenden Arbeitsmarktes gerade im Bereich der Facharbeiter leicht möglich sein, und der Kampf der Wirtschaft um die besten Köpfe wird bald beginnen, wenn wir keine wirkungsvollen Maßnahmen gegen die Preisexplosion setzen.

Der budgetäre Aufwand von 35 Mio. Euro für die Erhöhung der Pendlerpauschale ist im Vergleich zu den Einnahmen des Finanzministers durch die Mineralölsteuer geradezu ein Hohn. 4,1 Milliarden Euro Mineralölsteuer, 1,5 Milliarden Euro aus der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe und als Sonderzuckerl rund 120 Millionen Euro Dividende der OMV. Das sind zusammen unglaubliche 5,7 Milliarden Euro nur aus Kraftstoffen, welche aus den Autofahrern herausgepresst werden. Allein seit der letzten Erhöhung im Juli 2007 bezahlen die österreichischen Autofahrer 475 Millionen Euro mehr in den Steuertopf.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7:

Dagegen sind die geplanten 60 Mio. Euro Rückerstattung geradezu ein lächerlicher Almosenbetrag, mit dem sich Gusenbauer und Molterer nur allzu gerne als Politiker mit Herz sehen wollen, die eine großartige Spende an die Notleidenden verteilen. Diese unverschämte Abzockerei hat schon längst jeder durchschaut und dieser standortgefährdeten Wirtschaftspolitik muss seitens der Kammer entscheidender Widerstand entgegengebracht werden.

Knapp die Hälfte der Treibstoffpreise schnappt sich heute nicht der böse Herr Ölscheich aus dem fernen Orient, sondern der freundliche Herr Finanzminister aus Wien. Trotzdem ist dieser Herr Molterer nicht bereit, steuerpolitische Schritte zu setzen, die die Bevölkerung sowie die Wirtschaft nachhaltig entlasten. Ich erwarte mir, dass die Verantwortung nicht permanent auf die Wirtschaft abgewälzt wird, sondern dass die Politik endlich ihrer Verantwortung nachkommt und „Nägel mit Köpfen“ macht, damit der Mittelstand im harten internationalen Wettbewerb nicht untergeht.

Der zunehmende Preisdruck auf dem Energiesektor trifft nämlich nicht nur die Pendler und Haushalte, sondern den gesamten Standort Österreich und damit viele mittelständische Betriebe, die die Preissteigerungen nicht in voller Höhe an die Kunden weitergeben können. Das wird nicht nur zur Existenzfrage des Transportgewerbes und der von ihr abhängigen KMUs, sondern auch für die vielen Arbeitnehmer und Familienernährer in diesen Berufsfeldern.

Hohe Treibstoff-, Gas- und Erdölpreise reduzieren die sowieso schon zu geringe Kaufkraft und brem-

sen das Ausgabeverhalten der Konsumenten, was sich negativ auf die Nachfrage von Produkten auswirkt und so letztendlich zu Produktionseinbußen führt. Es müssen daher Anstrengungen unternommen werden, um die Preisspirale für den gesamten Mittelstand zu drosseln und die Kaufkraft wieder zu stärken.

Tatsache ist, dass das Durchschnittseinkommen des Mittelstandes 2007, bereinigt auf dem Stand von 1998 reduziert worden ist. Ohnehin schon durch die kalte Progression rückläufige Reallöhne dürfen nicht noch weiter durch die Kostenexplosion bei den Lebensmitteln und auf dem Energie- und Treibstoffsektor geschmälert werden.

Daher haben wir auch einen Antrag eingebracht, indem wir die Wirtschaftskammer Österreich als ersten Schritt dazu auffordern, dass sie sich bei der Bundesregierung dafür einsetzt, dass die Erhöhung der Mineralölsteuer 2007 temporär ausgesetzt werden soll. Als weiteren sinnvollen Schritt sehen wir in der Halbierung der Mehrwertsteuer auf alle Energieträger, damit die Kaufkraft nicht noch weiter sinkt und damit die Wirtschaft auch aufgrund der „Lebensmittelkrise“ nicht in eine Rezession fällt, die den gesamten Mittelstand zu vernichten droht.

Ich ersuche sie daher, unser Anliegen zu unterstützen, denn es ist bereits 5 nach 12. Wir müssen dem steuerpolitischen Raubrittertum des Finanzministers endlich die Stirn bieten, wenn wir den Wirtschaftsstandort Österreich auch für die Zukunft attraktiv gestalten und damit halten wollen.

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - www.rfw.at!
Interesse an Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW?
Rückfragen an reinsperger@rfw.at bzw. 01/4082520-16

